



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/V/227

29. September 1950

Hinweise
auf den Inhalt:

Luxus aus Steuergeldern	S.1
Fauziehen um Mao	S.3
Der Kongress der AFL	S.4
Lex Hedler - Verstärkter Rechtsschutz der Widerstandskämpfer-	S.5
Das Geschäft mit dem Gefühleschutt.	S.6

Luxus aus Steuergeldern

JS. Wes Geistes Kind mag der Oberregierungsrat sein, der dem ersten Pressechef der Bundesregierung ein Herrenzimmer für 11 447 DM in das Arbeitszimmer setzte, dies sowie weitere 2000 DM für einen handgeknüpften Teppich und andere ähnliche Dinge bis zu einem Anschaffungswert von insgesamt 100 000 DM damit begründete, dass er dem Bundespresseamt eine ähnliche Bedeutung zuschreibe, wie sie das Goebbels-Ministerium gehabt habe? Und wes Geistes Kind muss der Bundespressechef sein, der sich nicht scheut, derart luxuriös auf Kosten der Steuerzahler eingerichtete Räume zu beziehen, während er aus seinem Fenster überall die deutsche Not sehen kann? Welch falsche Bescheidenheit des "Bundestagsausschusses zur Prüfung der im Raum Bonn vergebenen Aufträge", im Vergleich mit dem Bundespresseamt festzustellen, dass die Einrichtung des Amtszimmers des Finanzministers "nur" 12 000 DM gekostet habe. Dass die "Büro"-Einrichtung des Bundesinnenministers 34 000 DM verschlungen hat, kann nicht mehr wundernehmen, seit man weiss, dass der Bundeskanzler bei der Einrichtung seines Amtssitzes den Voranschlag um mehr als 800 000 DM überschritten hat. "Wie der Herr, so's Gescherr", sagt ein altes Sprichwort.

Man sollte einen tüchtigen Psychologen in Bonn alle diese Dinge untersuchen lassen; für den Verstand des Unbeteiligten und des Wählers Bonn ist es unfassbar, mit welcher Großzügigkeit bei der Etablie-

rung Bonn die deutschen Realitäten übergangen und ein Wohlstand vor-
 getäuscht wurde, wie er in keinem Siegerstaat zu finden ist. Wem will
 man denn mit diesem Luxus imponieren? Etwa den Vertretern der Ostver-
 triebenen, Kriegsgeschädigten und Versehrten, die mit einer Bittschrift
 nach der anderen in diese Räume kommen und deren berechnete Forde-
 rungen mit dem Hinweis auf die angeblich leeren Kassen auf die lange
 Bank des Lastenausgleichs abgeschoben werden? Im Inland wird man mit
 dieser Praxis nur Verbitterung ernten. Oder glaubt man, dem Ausland
 in einem kunstvollen Herrenzimmer aus Nußholz die deutsche Not und
 Hilfsbedürftigkeit glaubwürdiger darstellen zu können?

Es genügt nicht; nur die kleinen Regierungsräte festzustellen,
 die dieses Unheil angerichtet haben. Die Sache ist nicht damit abge-
 tan, dass man diesen oder jenen Beamten zum Schein in die Wüste
 schickt. Alle diese Dinge sind unter der obersten Aufsicht der Bundes-
 regierung geschehen und wenn die einzelnen Minister den Mut haben, sich
 in diesem Luxus wohlfühlen, dann sollen sie auch dafür einstehen und
 vor dem Bundestag die Verantwortung dafür ausdrücklich übernehmen, da-
 mit der Wähler sich dessen erinnert, wenn er wieder zur Wahlurne ge-
 rufen wird. Dass es an diesem Mut zur Verantwortung fehlt, beweist der
 Finanzminister von Nordrhein-Westfalen, der sich bis heute geweigert
 hat, dem Prüfungsausschuss eine Abrechnung der für den Ausbau der Re-
 gierungsgebäude in Bonn veranschlagten 20.5 Mill. DM zu geben.

Diese unerquicklichen Bonner Verhältnisse sind Wasser auf die
 Mühlen derer, die der Demokratie nicht gut gesinnt sind. Es wäre zwar
 falsch, solche Erscheinungen dem demokratischen System anzukreiden, denn
 kein Regime ist von menschlichen Unzulänglichkeiten seiner Exponenten
 verschont und die Demokratie kann dabei für sich buchen, dass sie je-
 derzeit die Möglichkeiten bietet, Misstände abzustellen, während sie in
 autoritären Staaten (siehe Göring) totgeschwiegen werden müssen, aber
 die Demagogen fragen nicht nach der Ursache, sondern nach der Wirkung.
 Das bedeutet, dass die Möglichkeiten des demokratischen Systems auch
 genutzt werden müssen. Der Bonner "Aufbau" darf nicht nur untersucht
 werden, es muss auch abgestellt werden, was als schlecht befunden wur-
 de und es muss wieder gutgemacht werden, was noch zu reparieren
 geht.

Tauziehen um Mao

f. Dreiunddreissig Nein-Stimmen gegen sechzehn Ja-Stimmen bei zehn Enthaltungen scheint bei einer so schwierigen Frage, wie es die der Aufnahme des kommunistischen China in die Vereinten Nationen ist, ein klares Abstimmungsergebnis zu sein. Es ist weithin auch so aufgefaßt worden, aber diese Auffassung ist dennoch trügerisch. Unter den Ja-Stimmen figurierten die Sowjetunion neben Großbritannien, Indien und Pakistan, unter den Nein-Stimmen die Vereinigten Staaten und Südafrika, während Frankreich und Kanada sich der Stimme enthielten. Sir Benegal Rau, der den Aufnahmeantrag stellte, wurde von Wyschinski unterstützt, während Acheson für die Ablehnung plädierte. Das amerikanische Nein wog schwer, aber es verhinderte nicht, dass England Ja sagte.

Der lange befürchtete Bruch ist da, der Bruch durch den Westen. Er geht auch durch das britische Commonwealth. Indien und Pakistan traten mit Großbritannien für die Aufnahme Rotchinas ein, Südafrika, Australien und Neuseeland waren dagegen, der siebente Gliedstaat des englischen Weltreichs, Kanada, enthielt sich der Stimme.

Es stand von vornherein fest, dass Acheson mit Nein stimmen würde. Kein verantwortlicher Staatsmann der Vereinigten Staaten kann es sich leisten, wenige Wochen vor den Kongresswahlen von der ablehnenden Haltung des amerikanischen Volkes gegen die Anerkennung Pekings und die Aufnahme Rot-Chinas in die Vereinten Nationen abzuweichen. Aber so knapp, bestimmt und scharf auch Acheson sprach - "Stimmen Sie sofort über den Antrag ab, und stimmen Sie ihn nieder" - wer den Text seiner Rede liest, wird eine wichtige Entdeckung machen, über die die Schärfe des Tones zunächst hinwegtäuscht. Dreiundfünfzig Nationen haben Peking nicht anerkannt, sechzehn Nationen haben die Anerkennung ausgesprochen. Der amerikanische Außenminister hat mit dem Hinweis auf diese Zahlen begründen wollen, warum er mit einem so schwierigen Problem die Generalversammlung der Vereinten Nationen nicht gleich zu Anfang belastet sehen will. Aber er hat mit keiner Silbe einer späteren amerikanischen Entscheidung in der Rotchina-Frage vorgegriffen. Er hat nur für Aufschub plädiert. Dieses Problem - so argumentierte er - bedürfe der sorgfältigen Erwägung des Für und Wider. Das erfordere Zeit.

Diesen Zeitgewinn braucht Washington, um das amerikanische Volk langsam mit dem Gedanken an das Unabwendbare vertraut zu machen, an die Anerkennung Pekings, die heute noch für jeden US-Politiker, der diesen

Gedanken äussern würde, fast einem politischen Selbstmord gleichkäme. Diese Frage ist deshalb so schwierig, weil über die Rechtslage bei der Anerkennung eines Staates die grotesksten Vorstellungen herrschen. Es ist eines der kompliziertesten Probleme des ganzen internationalen Rechtes. Aber es gibt kaum einen Völkerrechtler von Ruf, der etwa bestritte, dass, rein völkerrechtlich gesehen, die Regierung Maos einen einwandfreien Anspruch auf Anerkennung hat. Die Haltung Washingtons ist nicht von rechtlichen, sondern von vielschichtigen politischen Erwägungen bestimmt. Das Tauziehen um Mao wird noch eine Weile weitergehen, aber es kann kein Zweifel über seinen Ausgang bestehen. Nach den amerikanischen Novemberwahlen wird sich Washington leichter dem Standpunkt Londons in dieser Frage nähern können.

Sechs-Punkte-Programm der größten US-Gewerkschaft

sp. Auf dem kürzlich stattgefundenen Jahreskongress der American Federation of Labor (AFL) wurde William Green zum 27. Male als Präsident des grössten amerikanischen Gewerkschaftsbundes wiedergewählt.

William Green bekleidet dieses Amt seit 1924, ohne jemals einen ernstesten Gegenkandidaten gehabt zu haben. Unter der Präsidentschaft von William Green entwickelte sich die AFL von 2.225.000 im Jahre 1924 zu 8.000.000 Mitgliedern im Jahre 1950. Wäre nicht 1936 die Gründung des Congress of Industrial Organisation (CIO) und damit die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung erfolgt, so könnten die geeinten Gewerkschaften (jetzt mit einem Bestand von 12 - 15 Millionen Mitgliedern rechnen.

Besonders in den letzten Jahren wurden verschiedentlich Versuche unternommen, die CIO und die AFL zu vereinen. Diese Bemühungen waren aussichtslos, solange die CIO Mitglied des Weltgewerkschaftsbundes war, dem die AFL nicht angehörte. Nach der Lostrennung der CIO von dem inzwischen völlig kommunistisch beherrschten Weltgewerkschaftsbund und der Gründung des Internationalen Bundes Freier Gewerkschaften, in dem nunmehr die AFL und die CIO vertreten sind, sind auch die Aussichten für eine Wiedervereinigung günstiger geworden. Die CIO, die seit einem Jahr systematisch eine Reihe von kommunistisch geführten Gewerkschaften ausschloss, hat damit ein weiteres Hindernis zur Vereinigung aus dem Wege geräumt.

Der 77-jährige William Green kündigte an, dass er seine Funktion niederlegen würde, sobald die Verhandlungen zur Wiedervereinigung er-

folgreich abgeschlossen sein werden. Zum Nachfolger William Greens dürfte dann der jetzige Sekretär und Schatzmeister der AFL, George Keany, gewählt werden.

Besonders erwähnenswert ist das Programm, das der Europavertreter der AFL, Irving Brown, formulierte. Die sechs wichtigsten Punkte sind: 1. Industrielle und militärische Mobilisierung der USA, einschliesslich der Entsendung von voll ausgerüsteten Truppen, Flugzeugen und Schiffen, um die gemeinsame Verteidigung Europas zu unterstützen. 2. Ermutigung der Atlantikpakt-Mächte, ein gegenseitiges Verteidigungsabkommen mit Griechenland, Jugoslawien und der Türkei zu schliessen. 3. "Ideologische Aufrüstung", um den kommunistischen Einfluss in Frankreich, Italien und überall zu verhindern. 4. Unterstützung der Idee eines Vereinten Europas, in dem die Deutschen die gleiche Rolle wie andere Nationen spielen können. 5. Ablehnung "jedes Bündnisses mit Diktaturen wie der Francos" und Stärkung der Freien Gewerkschaften in Europa. 6. Ablehnung der jetzigen und früheren Magnaten der Ruhrindustrie, weil sie bereit sein werden, "sich dem Osten zu verkaufen".

Das Programm wurde angenommen.

H.P.

- - - - -
Lex Hedler

sp. Am 15. Februar dieses Jahres sprach eine Kieler Strafkammer den Neofaschisten Wolfgang Hedler von der Anklage antisemitischer Äußerungen und Beleidigungen der Widerstandskämpfer frei. Die SPD gab damals als einzige deutsche Partei in Protestkundgebungen ihrer Empörung über dieses Urteil Ausdruck und verlangte eine bundesgesetzliche Feststellung, dass der aus Überzeugung geleistete Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft nicht rechtswidrig war. In dem SPD-Gesetzentwurf "gegen die Feinde der Demokratie" wurde gleichzeitig eine Strafschärfung für die Verunglimpfung des Andenkens ermordeter Widerstandskämpfer gefordert.

Diese Forderungen scheinen nunmehr zum Erfolge zu führen, denn der zur Zeit dem Bundestag vorliegende Regierungsentwurf eines Strafrechtsänderungsgesetzes 1950 - der in anderen Teilen sehr umstritten ist - greift die SPD-Anträge vom Februar auf. § 189 des Strafgesetzbuches - Verunglimpfung des Andenkens Verstorbener - soll durch einen neuen Absatz 2 erweitert werden. "Hat der Verstorbene wegen seiner Abstammung

oder seines Glaubens oder wegen seines Widerstandes gegen eine Gewaltherrschaft oder wegen seines Eintretens für eine freiheitliche demokratische Ordnung sein Leben verloren, so ist die Strafe Gefängnis nicht unter drei Monaten". Die Verunglimpfung politischer Märtyrer soll von Amts wegen verfolgt werden. Die neue Strafbestimmung soll auch diejenigen Widerstandskämpfer in ihrer Ehre schützen, die durch Terror in den Tod getrieben wurden.

Ausserdem bringt der Entwurf eine Bestimmung, die speziell Wiederholungen des Hedler-Falles ausschliessen soll. "Wer den aus Überzeugung geleisteten Widerstand gegen die nationalsozialistische Gewaltherrschaft öffentlich oder in einer Versammlung verächtlich macht, wird mit Gefängnis nicht unter drei Monaten bestraft". Geschützt wird natürlich nur der Widerstand als eine politische Haltung, die der Gewaltherrschaft aus Gesinnungsgründen entgegentrat. Eine sachliche Erörterung von Fragen der Widerstandsbewegung würdedamit nicht verboten. Strafbar macht sich aber derjenige, der die Erörterung des Widerstandes zu einer verhetzenden Agitation mißbraucht. Auch diese Straftaten sollen von Amts wegen verfolgt werden.

Hedler und die Richter, die ihn freigesprochen haben, können den traurigen Ruhm für sich in Anspruch nehmen, besondere Strafgesetze auf einem Gebiete notwendig gemacht zu haben, auf dem Normen des einfachen menschlichen Anstandes und die allgemeinen Beleidigungstatbestände eigentlich ausreichen sollten. Wenn sich die Verabschiedung des Strafrechtsänderungsgesetzes allzu lange hinauszögert, bleibt zu hoffen, dass der Bundestag diese "Lex Hedler" vorab sanktioniert.

G.R.

Das Geschäft mit dem Gefühlsschutt

(with) Betrachtet man heute die Auslagen der Zeitungsstände und auch mancher Buchhandlungen, so glaubt man sich in die "glorreiche" Tausendjährige Zeit zurückversetzt. Hitler, Göring, Hess und andere verblichene Grössen leuchten in allen Lebenslagen und Bildformaten aus den breit aufgelegten Zeitschriften oder Plakaten. Es muss ein gutes Geschäft sein, denn die Seuche nimmt täglich zu.

Es begann mit den Unterhöschen der Eva Braun, den "Erinnerungen des Kammerdieners" von Hitlers Gnaden und pflanzte sich fort über die "authentischen" Berichte der letzten Lebensjahre Wilhelm II., die Erinnerungen der Geliebten des "Botschafters Abetz" bis zu den Artikel-

reihen "Mein Mann, der Kriegsverbrecher!" Die Art und Weise, wie hier mit dem Druck auf die Tränenrüsen der Leser spekuliert wird, ist meisterhaft. Aber die Konkurrenz ist gross und wer mitverdienen will, muss von Ausgabe zu Ausgabe die Anstrengungen steigern. Den Rekord in dieser wenig erfreulichen Hintertreppen-NS-Renaissance halten zur Zeit die Zeitschriften "Pinguin" und "Weltbild". Die eine (Pinguin) mit den "Erinnerungen" des Göringschen Leib-Bildberichters Eitel Lange, das "Weltbild" ebenfalls mit Göring bzw. - noch sinniger - mit Görings Kind. ("Ein Kindergesicht, vom Schicksal gezeichnet!").

Hier wird nichts anderes versucht, als mit den Mitteln der "Ver-niedlichung" und des Mitleids mit den Angehörigen eine Schuld histori-schen Ausmaßes zu verschleiern. Das ist politische Schmutz- und Schund-literatur.

Die "Nationale Front" geht schnorren

sp. Die "Nationale Front" in Herzberg/Elster ersucht in einem Bettelbrief Einwohner der Stadt "um großzügige Unterstützung" ihrer bevorstehenden "grossen Aufgaben und Ziele" mit einer Geldspende. Der Brief ist u.a. vom Vorsitzenden der "Nationalen Front", dem Landrat des Kreises Herzberg, Fritz S c h w a h n , unterzeichnet, der sich nicht scheute, vor kurzen vom Etat des Gesundheitsamtes 7.000 DM für die Anschaffung eines Autos für seine privaten Zwecke abzuheben, obwohl ihm bekannt war, dass dieser Betrag dringend zur Beschaffung von Röntgen-geräten benötigt wurde. Derselbe saubere Bittsteller der "Nationalen Front" brachte es fertig, in einem Tbc-Heim im Kreise Herzberg die marmornen Waschbecken ausbauen und in seiner Wohnung wieder einbauen zu lassen.

Der Industrie-Klub" war es nicht, nur die Industriellen

sp. Der "Industrie-Club" Düsseldorf teilt uns mit, dass die Inter-vention der Herren Roelen, Vorwerk und Felltrup beim Ministerpräsi-denten Arnold zwecks Regierungsbildung in Nordrhein-Westfalen nicht in seinem Auftrage oder seinem Namen erfolgte. Der "Industrie-Club" sei eine gesellige Vereinigung mit vielseitigen Interessen ohne politische Bindung. Zwar habe in seinen Räumen eine Besprechung über Fragen der nordrhein-westfälischen Regierungsbildung stattgefunden, jedoch ausserhalb der Verantwortung des "Industrie-Clubs".

Wir nehmen diese Richtigstellung unseres Artikels "Geldbeutel-Demokratie" vom 15.9.1950 (Nr.215) gern zur Kenntnis, sehen uns aber nicht veranlasst, auch nur ein Wort gegen die Industriellen zurückzu-nehmen, die sich ihre materielle Position zu politischem Druck zu miß-brauchen/herausnehmen;